



Immobilien verkauft, Heizkostenzuschuss abgelehnt

Die KPÖ sprach sich vehement gegen den Verkauf von 16 Immobilien an die Landesimmobiliengesellschaft aus. Schließlich, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg, müsse die Lig, um den Kauf zu finanzieren, Kredite aufnehmen, für welche letztlich wieder das Land hafte. Werner Murgg: „Das ist nicht vorausschauende Budgetpolitik, das ist Loch auf, Loch zu!“

71,7 Millionen Euro bekommt das Land von der landeseigenen Lig für 16 Immobilien, darunter das Palais Attems, das Joanneum und das Landesarchiv. Dieser Erlös ist bereits nach 18 Jahren für das Rückmieten verbraucht, rechnet der KPÖ-Abgeordnete vor. 3,8 Millionen Euro zahlt das Land pro Jahr als Miete an die Lig. Das Land hat sich zwar ein Wiederkaufsrecht eingeräumt. Werner Murgg: „Ich sehe eine große Gefahr. Sollte die Lig privatisiert werden und das Land möchte dann die Gebäude zurückkaufen, wird es vermutlich heißen: Dafür gibt es kein Budget!“ KPÖ und Grüne stimmten gegen den Verkauf.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP) über die Pläne zum Landesbudget. Im neuen Jahr soll der Landtag ein Doppelbudget 2007/2008 beschließen. KPÖ-Klubobmann Ernst Kaltenegger warnte einmal mehr davor, zur Budgetkosmetik die aushaftenden Wohnbaurdarlehen des Landes zu verkaufen. Ernst Kaltenegger: „Ein Verkauf bedeutet weniger Rückflüsse

ins Landesbudget. Das heißt weniger sozialer Wohnbau und damit höhere Mieten!“

Heuer wird der Heizkostenzuschuss des Landes nur mehr an die Mindestpensionisten ausbezahlt, die keine Wohnbeihilfe des Landes bekommen.

Kein Zuschuss zu Heizkosten

Die KPÖ stellte den Antrag, diese soziale Leistung allen Steirerinnen und Steirern auszubezahlen, die unter die dafür entsprechenden Einkommensgrenzen fallen. Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Die Heizkosten explodieren. Die Mindestpensionisten gehören ohnehin zu den Ärmsten der Armen. Bei diesem Zuschuss geht es für das Landesbudget um kleine Summen, die wir sonst oft leichtfertig ausgeben!“ Karl Petinger (SPÖ): „Wir stimmen dem Antrag nicht zu! Durch die Wohnbeihilfe Neu haben wir soziale Kompetenz gezeigt.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Das Land Steiermark wird sich von 2007 bis 2017 mit 100 Millionen Euro an der Finanzierung der Kompetenzzentren beteiligen. Die dabei beteiligten Firmen tragen rund 50 Prozent der Kosten. Die KPÖ forderte in einem Antrag, sicherzustellen, dass die öffentliche Hand an den entwickelten Patenten mitbeteiligt werden



Verkauft: Das unlängst renovierte Palais Attems

müsse. Schließlich trage sie die Hälfte der Kosten. Dieser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

1,4 Millionen Euro für Marketing

Mit dem neuen ÖBB-Fahrplan startet der Obersteirer-Takt. Er soll eine bessere Verbindung zwischen den obersteirischen Ballungsräumen gewährleisten. Um den Obersteirertakt zu bewerben, sollen 1,4 Millionen Euro ausgegeben werden. Die KPÖ lehnte diese Ausgabe ab. Ih-

rer Meinung nach wäre das Geld in einem weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur besser angelegt. So könnten um diese Summe beispielsweise 227 zusätzliche Züge auf der Strecke Spielfeld – Bad Radkersburg geführt werden. Josef Straßberger (ÖVP) widersprach dieser Meinung: „Es ist notwendig, den Obersteirertakt zu bewerben.“ Werner Murgg (KPÖ) konterte: „Die beste Werbung ist dann gegeben, wenn der Obersteirertakt funktioniert.“

RAT UND HILFE IN MIETEN-FRAGEN

Mieterschutzverband Steiermark
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung! www.mieterschutzverband.at